

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom 21. Oktober 2021 betreffend "Dringende Maßnahmen gegen eine neue Flüchtlingskrise"**

In den vergangenen Tagen wurde wiederholt von Tätigkeiten der Identitären Bewegung im Burgenland berichtet. Über mehrere Tage verteilt patrouillierten größere Truppen von Rechtsextremen an der burgenländisch-ungarischen Staatsgrenze, angeführt von den Identitären. Nach eigenen Angaben von Martin Sellner, Sprecher der Identitären, diene dies dazu, illegale Grenzübertritte zu verhindern und Schlepper abzuschrecken. Die Identitären selbst berichten in ihren Medien und Telegram-Kanälen davon, teilweise in einheitlicher Kleidung und mit Taschenlampen und Nachtsichtgeräten bestückt im Burgenland unterwegs zu sein.

Der Grenzschutz, die Fremdenpolizei und das Grenzkontrollwesen sind Kernaufgabe des Staates und in der Kompetenz des Innenministeriums, das sich zur Erfüllung dieser Aufgaben auch der Assistenz des Bundesheeres bedient. Die Bildung von rechtsextremen Gruppen, die ohne demokratisches Mandat diese Aufgabe des Staates zu übernehmen versuchen, ist klar abzulehnen. Laut Innenminister Karl Nehammer störte dieser rechtsextreme Aktionismus auch die taktische kriminalpolizeiliche Arbeit: Das Verhalten dieser extremistischen Gruppe behindere die Tätigkeit der Polizei, insbesondere die Überwachung der Grenze im Rahmen der Ermittlungen zur Bekämpfung der Schlepperei.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) berichtete seit 2014 regelmäßig in den Verfassungsschutzberichten über den rechtsextremen Charakter der Identitären Bewegung. Sowohl Rechtsextremismusforscher\*innen als auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) bezeichnen die Identitären als eine rechtsextreme Organisation, die sich in der Tradition des historischen Faschismus als „Kampfbund wehrhafter/soldatischer Männer“ sehe, und ordnen sie als neofaschistisch ein. (siehe *Heribert Schiedel*, *Der "immerwährende Faschismus" der Identitären: Das abendländische Syndrom*; <https://www.derstandard.at/story/2000108951345/der-immerwaehrende-faschismus-der-identitaeren-das-abendlaendische-syndrom>).

Die Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram, Twitter und YouTube sperrten die Kanäle der Identitären aufgrund deren neofaschistischer Tendenzen. Seit Juli 2021 sind aus diesem Grund die Symbole der Gruppierung „Identitäre Bewegung Österreich“ (IBÖ) und ihrer Tarnorganisation „Die Österreicher“ (DO5) in Österreich verbotene Symbole. In den Erläuternden Bemerkungen zur Novelle des Symbole-Gesetzes heißt es:

„In ihren Parolen an Sympathisantinnen und Sympathisanten und Aktivistinnen und Aktivisten finden sich alle Elemente rechtsextremer Politaktivistinnen und -aktivisten: Gewaltmotive, Parolen der grundsätzlichen Ablehnung pluralistischer demokratischer Gesellschaften mit vermeintlich wissenschaftlichen Behauptungen gegen die Völkerverständigung, revisionistische Erklärungsmuster und die fundamentale Ablehnung von Konventionen zum Schutz der Menschenrechte. Die gesamte Propaganda der IBÖ fordert letztendlich die Verletzung der Rechte Dritter – im derzeit aktuellen Kontext jene von Musliminnen und Muslimen, Asylwerberinnen und Asylwerbern. [...]

Das Gedankengut der IBÖ stellt aufgrund der Verbreitungsart bzw. Verbreitungsintensität als sogenannte „geistige Brandstiftung“ eine essenzielle Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit dar.“

So haben auch schon Attentäter von Terroranschlägen mit dem zentralen Begriff der IBÖ, dem „Großen Austausch“, ihre Taten gerechtfertigt und sich in ihren Manifesten auf diesen von der IBÖ intensiv propagierten Austausch bezogen, dem sie nicht mehr tatenlos gegenüberstehen wollten, weshalb sie ihre Anschläge umsetzten. Diese Anschläge zeigen, dass die Propaganda der Identitären zu Radikalisierung führt.

Im Hinblick auf die Folgen von derartiger Radikalisierung, sind die Tätigkeiten der neofaschistischen Identitären an der Staatsgrenze im Burgenland eben nicht als harmlose „Spaziergänge“ (Zitat Martin Sellner) abzutun – es besteht die realistische Gefahr von schwerwiegenden Folgen.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag spricht sich daher mit aller Klarheit gegen rechtsextreme Tätigkeiten im Burgenland aus. Ein entschlossenes und entschiedenes Auftreten gegen Neofaschismus ist jederzeit geboten, vor allem aufgrund des Staatsvertrages von 1955, wo es heißt:

*„Österreich wird auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, um zu gewährleisten, daß die obgenannten Organisationen nicht in irgendeiner Form wieder ins Leben gerufen werden, und um alle nazistische oder militaristische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern.*

*Österreich verpflichtet sich, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen, die auf seinem Gebiete bestehen, und zwar sowohl politische, militärische und paramilitärische, als auch alle anderen Organisationen, welche eine irgendeiner der Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind.“*